ALTERNATIVE SÜDWEST

Zeitung der AfD Baden-Württemberg

19. März 2021 | Ausgabe Nr. 13 Herausgegeben vom Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg Information | Meinung

Foto: Thomas Kohler / CC-BY 2.0

Trotz Verlusten: Wir haben eine große und feste Stammwählerschaft gewonnen

Blick nach vorn nach der Wahl

Ausruhen sollten wir uns nicht – in Panik verfallen aber auch nicht

Dr. Alice Weidel, Überlingen

Die erste Wahlschlacht ist geschlagen. Knapp zehn Prozent der Wähler haben in Baden-Württemberg die Alternative für Deutschland zum zweiten Mal in den Landtag gewählt. Unsere Mitglieder und unermüdlichen Helfer, unsere Kandidaten, Mandatsträger und die vielen Engagierten und Ehrenamtlichen, die auf allen Ebenen Ämter bekleiden und sich für die AfD einsetzen, haben unter schwierigen Bedingungen Großartiges geleistet. Dafür gebührt Ihnen allen herzlicher Dank.

Wir haben uns mehr erhofft, keine Frage. Ausruhen können wir uns auf diesem Ergebnis nicht, in Panik verfallen müssen wir deswegen aber auch nicht. Jetzt heißt es, die Besonderheiten dieses ersten Wahltermins im „Superwahljahr“ 2021 ebenso ehrlich und nüchtern zu analysieren wie unsere eigenen Stärken und Schwächen. Das ist die Voraussetzung, um die richtigen Schlussfolgerungen für die Herausforderungen zu ziehen, die vor uns liegen.

Diese Landtagswahl unter den Bedingungen der anhaltenden Corona-Restriktionen war kein gewöhnlicher Urnengang. Wir sind eine Bürgerpartei; anders als die abgehobenen Etablierten, deren Veranstaltungen kaum noch jemanden anlocken, brauchen wir den direkten Kontakt zu den Leuten, und die Bürger wollen uns direkt erleben. Für uns war es deshalb ein besonders schwerer Nachteil, dass wegen der Corona-Auflagen Wahlveranstaltungen nur stark eingeschränkt möglich waren und Großkundgebungen praktisch nicht durchgeführt werden konnten.

Die Problemfelder Einwanderung, Eurodesaster, Energiewende sind nach wie vor da

Die Corona-Krise hat in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung alles überlagert. Damit sind unsere Kernthemen – Einwanderung, Euro-Desaster, Energiewende-Chaos – weniger zum Zuge gekommen. Die Probleme sind aber nach wie vor da, und die Bürger werden sie immer stärker zu

Fortsetzung auf Seite 2

IN DIESER AUSGABE

KOMMENTARE ZUR WAHL 1–3
von Alice Weidel und Bernd Gögel

POLITIK 4–5
Lieferkettengesetz | Energiepolitik

MEINUNG 6–7
Umerziehungs-„Tatort“ | Gendergaga

AUFGEKLÄRT! 8
Bildungsabsteiger BaWü

Fortsetzung von Seite 1

spüren bekommen. Unsere fundierte Kritik an der verfehlten Corona- und Lockdown-Politik wurde weniger und vielfach verzerrt transportiert, während die amtierenden Ministerpräsidenten die Berichterstattung dominierten und sich entsprechend inszenieren konnten.

Der wachsende Unmut in der Bevölkerung über Impf-Chaos, Masken- und Korruptions-Skandale und Dauer-Lockdown war vor der Wahl zwar lauter und unübersehbar geworden. Da hatten viele Wähler allerdings ihre Stimme schon per Briefwahl abgegeben. Der hohe Briefwähler-Anteil – in Baden-Württemberg jeder zweite! – hat fraglos die Etablierten begünstigt. Das ist mit eine Erklärung, warum sich der Aufwärtstrend für uns in den Umfragen der letzten zwei Wochen nicht im Endergebnis niedergeschlagen hat, das auch von den Prognosen aus den Wahltagsbefragungen in den Stimmlokalen und den ersten Hochrechnungen stark nach unten abwich. Dieses Phänomen werden wir uns eingehend anschauen müssen.

Der hohe Briefwähleranteil von fünfzig Prozent hat fraglos die Etablierten begünstigt

Erste Analysen zu den Wählerwanderungen zeigen, dass die AfD in Baden-Württemberg Stimmen vor allem an die Nichtwähler, aber auch an Union und FDP abgegeben hat. Auch die Wahlbeteiligung ist gegenüber 2016 wieder gesunken. Einerseits bestätigt das Wahlergebnis also, dass die AfD eine starke und solide Stammwählerbasis hat. Das macht uns zu einer politischen Kraft, die auch in der baden-württembergischen Politik fest angekommen ist und dauerhaft eine relevante Rolle spielen wird. Wir sind gekommen, um zu bleiben.

Andererseits müssen wir uns fragen, warum viele, die vor fünf Jahren die AfD gewählt haben, uns diesmal nicht ihre Stimme gegeben haben. Auch hier spielen wiederum mehrere Faktoren eine Rolle. Dass die nach wie vor ungelöste Migrationskrise diesmal nicht das große Mobilisierungsthema war, ist ein Punkt, aber nicht der einzige.

Die pausenlose Diffamierung durch etablierte Politik und Medien ist zweifellos nicht ohne Wirkung geblieben und hat einige Wähler aus der bürgerlichen Mitte, die uns 2016 unterstützt hatten, wieder verschreckt. Die politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes als Etabliertenschutz hat daran wesentlichen Anteil. Vorläufiger Höhepunkt dieser Verleumdungskampagne war die termingerecht vor der Wahl lancierte rechtswidrige Ankündigung des Bundesamts für Verfassungsschutz, die AfD als „Verdachtsfall“ einzustufen. Dagegen konnten wir uns zwar wiederum erfolgreich juristisch zur Wehr setzen. Das über einen längeren Zeitraum aufgebaute Stigma blieb dennoch nicht ohne Folgen für die Chancengleichheit im demokratischen Wettbewerb. Um so wichtiger ist es für uns, die undemokratische und rechtswidrige Diffamierung durch den Verfassungsschutz entschlossen aufzudecken, anzuprangern und schlussendlich abzuschütteln.

Nicht nur die Corona-Beschränkungen, auch politischer Druck und Einschüchterungen durch gewaltbereite Linksextremisten machen es uns schwer, Orte und Hallen für Veranstaltungen zu finden. Wenn vom linken Zeitgeist – und vermutlich auch von „Kampf gegen rechts“-Steuergeldern – angetriebene Linksextremisten massiv unsere Wahlplakate zerstören, unsere Infostände angreifen und, wie in Schorndorf, sogar Kandidaten krankenhausreif prügeln, ist die Chancengleichheit im Wahlkampf ebenfalls ernsthaft beeinträchtigt. Ein besonderer Dank gilt daher allen Kandidaten und Wahlkämpfern, die sich nicht entmutigen lassen, für unsere Sache zu kämpfen.

Denn der Einsatz lohnt sich. Nach einer Phase raschen Wachstums ist für die Alternative für Deutschland jetzt die Zeit der Konsolidierung gekommen, in der wir unseren Anspruch auf dauerhafte Mitsprache und Gestaltung untermauern. Streit, Spaltungen und Austritte haben nach der letzten Wahl unvorteilhafte Schlagzeilen gemacht. Manchen Wechselwähler dürfte auch das verschreckt haben. Mit einem nunmehr geschlossenen und effektiven Landesvorstand und einer personell gut aufgestellten zweiten Landtagsfraktion haben wir die Chance, die Bürger unseres Landes durch klare Sacharbeit zu überzeugen.

Obwohl die etablierten Kräfte derzeit aus allen Rohren auf uns feuern, haben wir eine feste und große Stammwählerschaft gewonnen und behauptet, die sich von Diffamierungen nicht beeindrucken lässt. Das ist ein gutes Zeichen und eine hervorragende Basis für weiteres Wachstum. Die alten Probleme sind ja nicht verschwunden, und sie werden auch nicht mit Angela Merkel gehen, wenn sie denn tatsächlich im Herbst abtritt. Im Gegenteil: Mit der Mittelstandsvernichtung und Grundrechtebekämpfung durch die Corona-Lockdown-Politik ist ein Berg neuer Probleme hinzugekommen, der den Etablierten unbarmherzig auf die Füße fallen wird.

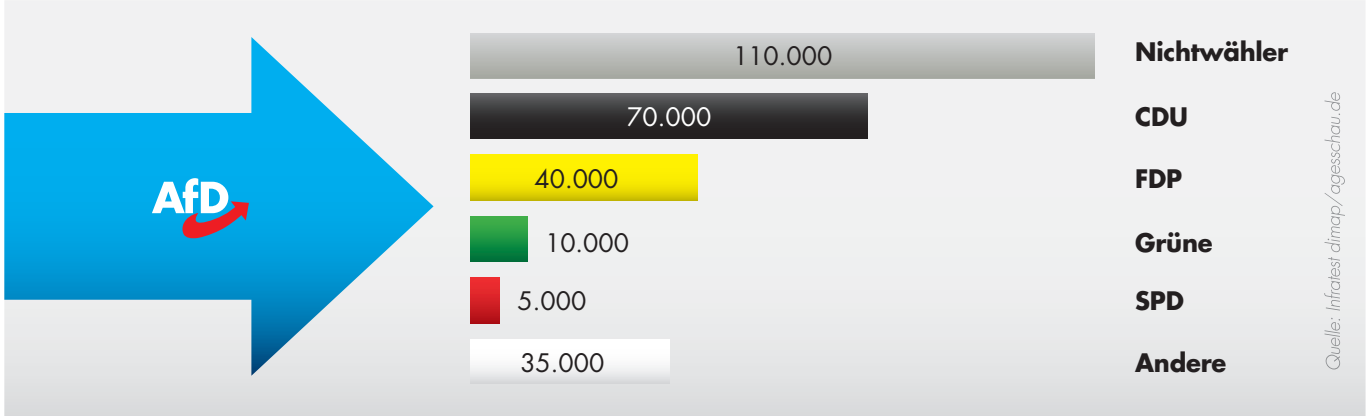
Der Raum, den die linksgrün gewendete Union für eine seriöse freiheitlich-konservative Alternative lässt, die kühl, besonnen und für die Bürger nachvollziehbar die Dinge beim Namen nennt, ist nach wie vor riesengroß.

Wenn wir jetzt den Blick nach vorn richten und gemeinsam für unser Heimatland weiter hart arbeiten, wird das Wahljahr 2021 für uns ein Erfolg.

Dr. Alice Weidel ist Bundestags-Fraktionschefin und Landesvorsitzende der AfD Baden-Württemberg

IMPRESSUM
Landesvorstand der
AfD Baden-Württemberg
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
0711 7260540, redaktion@afd-bw.de

Die Beiträge geben grundsätzlich die Meinung der Autoren wieder.



Landtagswahl: Wählerwanderung von der AfD zu anderen Parteien

Analyse tut not

Die Konsolidierung kann nicht über die Verluste hinwegtäuschen

Bernd Gögel, Tiefenbronn

Die Landtagswahl ist Geschichte, unser Status als drittstärkste Kraft und stärkste Oppositionsfraktion auch. In den Dank an die Bürger, die uns ihre Stimme und ihr Vertrauen schenkten, und den Dank an unsere vielen ehrenamtlichen Wahlkampfhelfer fließen auch noch andere Emotionen ein.

So muss ich mit Erschrecken feststellen, dass schon wie vor fünf Jahren die Nichtwähler die stärkste Partei geblieben sind. Wir als AfD kommen aus einem gewissen Umfragetief, von dem sich aber unsere Kernwähler ebenso wenig haben verschrecken lassen wie von der Verfassungsschutzkeule. Das Ergebnis zeigt zunächst unsere Konsolidierung – wir sind eine feste politische Größe im Südwesten geworden, eine unbequeme Größe, wie es sich für eine Opposition gehört. Und diese Rolle werden wir auch in den nächsten fünf Jahren mit Engagement und Sachpolitik ausüben.

Wie vor fünf Jahren sind die Nichtwähler die stärkste Partei geblieben

Warum wir diese Rolle aber mit weniger Rückenwind seitens der Wähler und also mit weniger Abgeordneten spielen müssen, darüber wird in den nächsten Wochen zu reden sein – gründlich zu reden sein, mit den alten und neuen Fraktionären, den Kandidaten, den Landes- und Kreisvorständen. Denn die Konsolidierung als politische Kraft kann nicht über die Verluste hinwegtäuschen. Für eine gründliche Analyse sollten wir uns kommunikationswissenschaftliche Expertise dazu holen. Nur ein Beispiel: wir haben 70.000 Wähler an die CDU verloren – die aber wiederum selbst massiv verlor. Warum war das so?

Natürlich fand unser Wahlkampf auch unter widrigen Umständen statt: Nicht nur, dass wir als Volkspartei auf volle Hallen verzichten und stattdessen auf Onlineformate ausweichen mussten, wir hatten auch Antifa-Angriffe wie in Schorndorf zu verkraften, wo unser Wahlkreiskandidat Stefan Schwarz ins Krankenhaus geprügelt wurde. Aber auch die unerträgliche Konkurrenzbeobachtung durch den Verfassungsschutz, der natürlich in allen Medien auf Seiten eins ausgeschlachtet wurde, wirkte für manche Wähler abschreckend.

Bei den vielen Briefwählern kommt hinzu, dass der Maskenskandal der CDU oder Kretschmanns Ankündigung für noch mehr Windkraft keinen nennenswerten Einfluss mehr auf das Ergebnis zeitigte. Und dass sich in Krisenzeiten die Wähler um die Regierenden scharen, hatte ich ebenfalls oft betont.

Das Verhalten mancher Ex-Fraktionsmitglieder war auch nicht hilfreich. Wenn viele Medien daraus aber auf die Qualität unserer politischen Arbeit schlossen, lagen sie zwar falsch – aber das durchschaut der Bürger nur schwer. Wir haben 26 Gesetzentwürfe eingebracht, darunter zur direkten Demokratie, und zuletzt erst zur Amtszeitbegrenzung von Ministerpräsidenten und Ministern. Daneben Anträge, mehrere hundert große und rund 2000 kleine Anfragen – die allesamt nicht die ihnen gebührende Wirkung entfalteten.

Hinzu kommt, dass die Pandemie-Auswirkungen noch nicht in der Bevölkerung angekommen sind – Stichworte Wirtschaftsschäden, Arbeitsplatz- und Existenzvernichtung, Auswirkungen auf das Bildungs- und Sozialleben.

Insofern erwarten wir bei der Bundestagswahl einen erheblichen Schub. Und dafür werden wir jetzt kämpfen. Alle.

Bernd Gögel ist Fraktionschef der AfD im Landtag und wurde in seinem Wahlkreis Enz erneut gewählt

Deutsche Unternehmer sollen zahlen, wenn in Entwicklungsländern nicht nach deutschen Standards produziert wird

Die Bundesregierung runiniert die deutsche Wirtschaft

Das Lieferkettengesetz vernichtet Arbeitsplätze

Markus Frohmaier, Weil der Stadt

Seit mehreren Monaten treibt ein verfassungsfremdes Gremium aus Bundes- und Länderchefs unser Land von einer Verlängerung und Verschärfung des Lockdowns in die nächste.

Veranstaltungswirtschaft, Gastronomie, Pyrotechnikbranche, der gesamte stationäre Einzelhandel und der Dienstleistungssektor, sogar die Automobilindustrie – weite Teile der deutschen Wirtschaft stehen vor dem Ruin. Unternehmer, Selbstständige und Arbeitnehmer gehen täglich über ihre finanzielle und psychische Schmerzgrenze hinaus.

Eigentlich sollte man annehmen, dass die Regierung alles unternimmt, um die Folgen ihres desaströsen Lockdowns abzumildern. Dem ist nicht so.

Die Bundesregierung – vornehmlich in Gestalt von Entwicklungsminister Müller (CSU) und Arbeitsminister Heil (SPD) – ist gerade im Begriff, das bereits bröselnde Fundament der deutschen Volkswirtschaft weiter zu beschädigen.

Die hierbei zur Anwendung kommende Methode hat auch einen Namen und heißt „Lieferkettengesetz“. Dieses Gesetz ist der Versuch der Bundesregierung, deutsche Unternehmen zur Kasse zu bitten, wenn in Entwicklungsländern nicht nach deutschen Standards produziert wird. Minister Müller und Heil wollen deutsche Unternehmen dafür verantwortlich machen, wenn beispielsweise ausländische Zulieferer irgendwo in den Tiefen des Wertschöpfungsnetzes bestimmte soziale und ökologische Standards nicht einhalten.

Im Extremfall bedeutet das: Der schwäbische Handwerker haftet für die Bedingungen, unter denen der Nagel, den er gerade in einen Schrank treibt, in China produziert wurde. Bei Verletzungen bestimmter Pflichten im Lieferkettengesetz drohen den Unternehmern dann Bußgelder in Millionenhöhe. Das ist bürokratische Arbeitsplatzvernichtung, gegen die wir aufstehen müssen!

> *Der schwäbische Handwerker soll für Produktionsbedingungen in China haften*

Wir müssen uns auch vor Augen führen, dass Lieferkettengesetz und Lockdown beides Bausteine wirtschaftlicher Unvernunft von Seiten der Regierenden sind. Das spiegelt sich auch im winzigen Wirtschaftswachstum 2019 und dem negativen (!) Wirtschaftswachstum im ersten Quartal des Jahres 2020 wider, auf das sich die Maßnahmen gegen Covid-19 noch gar nicht richtig ausgewirkt haben konnten.

Das Lieferkettengesetz führt – vergleichbar mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz oder der CO_2-Steuer – exemplarisch vor, wie schädlich, überregulierend und ideologiegeleitet die deutsche Politik agiert.

Die schlechter werdenden Lebensbedingungen bringen viele Deutsche dazu, mit den Füßen statt mit dem Wahlzettel abzustimmen. 2018 wanderten 260.000 Deutsche aus, davon die meisten aus den Bundesländern NRW und Baden-Württemberg.

Liebe Freunde, helft bitte tatkräftig mit, Deutschland wieder lebenswert für uns und unsere Kinder zu machen! Kämpft für eine starke AfD im Ländle und im Bund. Dieses Jahr haben wir bei der Bundestagswahl im Herbst die Gelegenheit dazu.

Markus Frohnmaier MdB ist entwicklungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und stv. Sprecher im Landesvorstand

Warum bald die Lichter ausgehen

Das staatliche Erzwingen der E-Mobilität vernichtet die Sicherheit der Stromversorgung

Marc Bernhard, Karlsruhe

Ein grüner Jugendtraum geht in Erfüllung: Vor rund vierzig Jahren forderte die Gründergeneration der Grünen eine Werkshalle von Ford in eine Fahrradproduktion umzuwandeln. Heute sorgen sie mit „Öko"-Auflagen für das Ende des bewährten Verbrennungsmotors und opfern damit fast jeden zweiten Arbeitsplatz in unserer Schlüsselindustrie.

„Wir werden eine Arbeitslosigkeit erleben, wie wir sie noch nie gehabt haben. Wenn die Politiker hier den Hebel umlegen, wird es zappenduster in Deutschland", so wird BMW-Betriebsratschef Manfred Schoch zitiert. Auch Daimler Betriebsratschef Michael Brecht sieht in einem Brandbrief konkret rund vierzig Prozent der Arbeitsplätze gefährdet. Überraschend kommt das alles nicht, selbst das regierungseigene Beratergremium warnt seit Langem, dass bis zu jeder zweite Arbeitsplatz wegfallen werde.

Demnächst werden also die Lichter in den Werkshallen ausgehen. Und kurz darauf auch in unseren Wohnstuben; weil plötzlich der Strom fehlt. Zwar wird der Plan der Bundesregierung mit zehn Millionen E-Autos – wenn überhaupt – nur mit massiver staatlicher Milliarden-Umverteilung zu erzwingen sein, denn arbeitslose und ausgemerkelte Bürger kaufen eben keine teuren E-Autos. Aber früher oder später wird auch die hartnäckigste blinde Ideologie von physikalischen Gesetzen überholt: Für die Ladevorgänge wären 150 GW zusätzlicher Strom für 10 Stunden nötig, also doppelt so viel wie die höchste in Deutschland gemessene Stromleistung. Mit 1500 GWh liegt der Bedarf auch weit über den in Deutschland täglich verfügbaren 1360 GWh. Cem Özdemir, der beliebig zwischen Gigawatt und Gigabyte wankt oder Kanzleramtsanwärterin Baerbock, die den Rest von „Kobolden" erledigen lässt, die alles „im Netz" speichern, lässt das kalt.

Wenn in wenigen Jahren auch noch der letzte grundlastfähige Energieversorger zwangsstillgelegt wurde, wird das Problem nicht kleiner, sondern größer. Deshalb entwickeln ja verschiedene Stromnetzbetreiber schon Pläne, Ladestrom an privaten Ladestationen zu rationieren.

Die Klimasekte opfert Arbeitsplätze für ein Spielzeug der Bessermenschen

Die EURO-7-Norm forciert das, was der Kunde nicht haben will: Das erzwungene Ende des Verbrenner-Motors und die als Allheilmittel verordnete E-Mobilität. In gewohntem Nationalmasochismus opfert die Klimasekte unsere Arbeitsplätze für ein untaugliches Spielzeug der Bessermenschen. Ökologisch gesehen ist die E-Mobilität schädlich, ökonomisch betrachtet ein Wohlstandsvernichter und gesellschaftlich betrachtet extrem unsozial.

„Vorsprung durch Technik" war einst das Credo deutscher Ingenieure, bevor der linksgrüne Zeitgeist selbst die Konzernzentrale von Audi unterwanderte und sich mit der Einführung des „Gender-Gaps" befasste, um „Raum für alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten" zu schaffen.

Für die Rückabwicklung dieses tödlichen linksgrünen Kulturkampfes, dafür kämpfe ich seit 2013 in der AfD und seit 2017 im Deutschen Bundestag.

Marc Bernhard ist Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im Landesvorstand

Auch in den Wohnstuben wird das Licht ausgehen, weil der Strom für E-Autos gebraucht wird

Foto: Christian Lue / unsplash.com

Wo sind all die Männer hin?

Wie die Genderei die deutschen Sprache vergewaltigt

Ruth Rickersfeld, Waghäusel

Kennen Sie den Pat, den Ärzt oder den Expert? Nein? Ich auch nicht. Denn der Täufling hat einen Paten, wenn ich ihn brauche, gehe ich zum Arzt und was ich von den Experten halte, die uns diesen Mist eingebrockt haben, behalte ich lieber für mich. Da halte ich es mit dem unbekannten Dichter zur Freiheit der Gedanken.

Nach dem links-grünen Neusprech sind so manche männliche Schreibweisen verschwunden, da deren Endungen nicht zu der *in- oder *innen-Form passen. Deren Aussprache kam wohl selbst den hartgesottensten Gendergurus nicht über die Lippen. Überlebt haben die Personenbezeichnungen, die sowohl im Singular als auch im Plural ihre Form nicht ändern. Der Planer oder der Arbeiter werden zum Glück nicht durch den ideologischen Gender-Stern, -Doppelpunkt, -Punkt, -Schrägstrich oder was auch immer verunstaltet. Aber der Architekt beispielsweise kommt nur in der Einzahl ungeschoren davon. Neuerdings wird ihnen die Mehrzahl Architekten verwehrt.

Doch damit nicht genug. Diese Gender-Stern(chen) genannte und bei politisch korrekter Anwendung an Schluckauf erinnernde Aussprache ist nämlich einigen der Links-Grünen selbst zu blöd oder sie zeigen gleich ihr Ziel. Sie lassen die lästige Pause einfach weg und schon gibt es in den meisten Fällen nur noch die weibliche Form.

Dieser Sprachterror setzt sich mehr und mehr durch. Ich will hier nicht spekulieren, ob das immer freiwillig geschieht oder wie hoch der Druck bestimmter Gruppierungen auf die Institutionen ist oder ob diese in den Chefetagen bereits entsprechend besetzt sind.

Was mich verwundert ist das dröhnende Schweigen der Männer

Was mich aber verwundert ist das dröhnende Schweigen der Männer. Gut, bei so manchen der einheimischen, biologisch dem männlichen Geschlecht zuzuordnenden Personen habe ich so meine Zweifel, ob diese noch als Männer eingestuft werden können. Die Umerziehung hat bei ihnen offensichtlich bereits prächtig funktioniert. Aber was ist mit den anderen?

Und was ist mit den vielen nicht ideologisch verkorksten Frauen, die mitten im Leben und nicht im sozialistischen Utopia stehen, die durch die gute alte Schreibweise nicht in Minderwertigkeitskomplexe verfallen?

16 Jahre in den Sozialismus führende Merkelpolitik haben wohl ganze Arbeit geleistet. Der „Corona-Maulkorb" kann durchaus als sichtbares Zeichen dafür angesehen werden.

Ruth Rickersfled ist Stadträtin in Waghäusel und Landtags-Ersatzkandidatin im Wahlkreis Karlsruhe Land

Beim Leseverständnis Deutsch rutschte Baden-Württemberg von einem überdurchschnittlichen Platz hinter NRW

Schüler in BW nur noch Mittelmaß

Studien belegen das Abrutschen des Schulbildungsniveaus im Ländle

Martin Kriechbaum, Karlsruhe

Eines der wichtigsten Handlungsfelder der Landesregierungen ist das Bildungswesen und hier die Leistungsfähigkeit des Schulsystems. Seit 2004 wird vom „Institut Neue Soziale Marktwirtschaft" (INSM) das Schulsystem der Bundesländer nach verschiedenen Indikatoren verglichen („Bildungsmonitor"). Zur Bewertung der Schulqualität zieht das INSM Studien des „Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen" (IQB) heran, das die Schülerleistungen auf Länderebene gegenüberstellt. Die Ergebnisse der drei jüngsten Studien des IQB werden kurz präsentiert, um Verzerrungen durch demografische und Strukturunterschiede zu vermeiden beschränkt auf Baden-Württemberg (BW), Bayern (BY), Niedersachsen (NI), Nordrhein-Westfalen (NRW) und den Bundesdurchschnitt.

1. Bildungstrend 2015: Leseverständnis Deutsch und Englisch Klasse 9

Beim Kompetenzbereich Leseverständnis Deutsch Klasse 9 lag BW 2009 noch über dem Bundesdurchschnitt und vor NI und NRW. 2015 rutschte BW auf den letzten Platz dieser Auswahlgruppe. Zudem überstieg die Risikogruppe, also jener Schüler, deren Leistungen unterhalb der Mindeststandards bleiben, mit 24,8 Prozent die anderen Bundesländer. Beim Anteil der Schüler, die den Mindeststandard erreichten, weist BW 2015 mit 46,4 Prozent den niedrigsten Wert aus. Im Kompetenzbereich Leseverständnis Englisch Klasse 9 verbesserten sich die Schülerleistungen 2015 in BW gegenüber 2009, aber in den anderen untersuchten Bundesländern ebenfalls. BW landete deshalb mit einem Mittelwert von 500 Punkten auf dem vorletzten Platz und lag somit auch unter dem Bundesdurchschnitt von 505 Punkten.

Fast ein Viertel der Neuntklässler erreicht beim Leseverständnis den Mindeststandard nicht

2. Bildungstrend 2016: Leseverständnis Deutsch und Fachwissen Mathematik Klasse 4

Beim Bildungsindikator Leseverständnis Deutsch in Klasse 4 wiesen alle untersuchten Bundesländer einen Leistungsrückgang aus. BW gelangte hinter BY und vor NI und NRW auf den zweiten Platz, wurde aber sowohl beim Anteil der Risikogruppe als auch beim Anteil der Nomalgruppe vor NRW vorletzter. In allen Kategorien erzielte BW einen Wert unterhalb des Bundesdurchschnitts. Beim Indikator Mathematik Klasse 4 wurde der zweite Platz hinter BY erreicht, allerdings wuchs bei allen Unterkategorien der Rückstand zu BY gegenüber dem Vergleichszeitraum 2011.

3. Bildungstrend 2018: Fachwissen Mathematik und Physik Klasse 9

Beim Indikator Mathematik Klasse 9 rangierte BW in 2018 auf dem zweiten Platz und übertraf auch den Bundesdurchschnitt. Dagegen konnte beim Vergleich des Fachwissens Physik in Klasse 9 nur der vorletzte Platz vor NRW erreicht werden.

Diese Zahlen sprechen eine klare Sprache: Baden-Württembergs Schüler sind nurmehr Mittelmaß.

Martin Kriechbaum ist Mitglied im KV Karlsruhe und Diplom-Volkswirt im Bereich des Controlling

DIE GUTE NACHRICHT

Amtsgericht Ludwigsburg erklärt Coronaverordnungen für verfassungswidrig

Ein Ludwigsburger wehrte sich gegen einen Bußgeldbescheid wegen eines Coronaverordnungsverstoßes. Das Gericht gab ihm recht und erklärte die Verordnung des Landes für verfassungswidrig.

Aus der Begründung: Es gebe keine taugliche Ermächtigungsgrundlage für die Grundrechtseingriffe und es sei gegen den Parlamentsvorbehalt verstoßen worden. Der Staat habe seinen exekutiven Gestaltungsspielraum überschritten, die Verordnungen seien viel zu weit gefasst und durch die ständigen Änderungen viel zu unübersichtlich. Mit den Grundsätzen der Gefahrenabwehr habe dies nichts mehr zu tun.

Eine erneute Ohrfeige für die Kretschmann-Administration – und eine Bestätigung für unsere Politik!

https://openjur.de/u/2331230.html